

Günter Gloser MdB - Staatsminister im Auswärtigen Amt - www.guenter-gloser.de

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Obwohl `Staatsminister für Europa` führt mich mein Dienstweg immer wieder auch nach Nordafrika. Das liegt zum einen daran, dass ich über lange Jahre Vorsitzender der deutsch-maghrebinischen Parlamentarier-Gruppe im Bundestag war und mir gute Beziehungen zu diesen Staaten somit besonders am Herzen liegen. Zum anderen pflegt die EU seit längerem besondere Beziehungen zu Afrika, auch und gerade aufgrund der zunehmenden Flüchtlingsströme nach Europa.

So nahm ich zusammen mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am 22. und 23. November an der EU-Afrika-Konferenz zu Migration und Entwicklung in Tripolis/Libyen teil. Neben den EU-Mitgliedern sind Vertreter aus über 50 afrikanischen Staaten nach Tripolis gekommen.

Diese Konferenz war eine Premiere: Zum ersten Mal diskutierten wir mit Vertretern des gesamten afrikanischen Kontinents über gemeinsame Ziele in der Migrationspolitik. Und zum ersten Mal haben wir für den gesamten afrikanischen Kontinent eine Verbindung zwischen Migration und Entwicklung hergestellt. Flüchtlingsschutz, Menschenrechte, Bekämpfung des Menschenhandels standen genauso auf der Tagesordnung wie migrationsbezogene Entwicklungszusammenarbeit. Das heißt: Wir müssen die afrikanischen Länder dabei unterstützen, die Fluchtursachen zu beseitigen. Ein weiter Weg, der noch vor uns liegt, aber wir sind die ersten Schritte gegangen – erfreulicherweise gemeinsam.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Herzlich Ihr



„50 Jahre Römische Verträge“ Günter Gloser lobt Schülerwettbewerb aus

Am 25. März 2007 verabschieden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union eine feierliche Erklärung. Anlass ist das 50-jährige Bestehen der EG/EU. Diese sog. „Berliner Erklärung“ soll Orientierung über gemeinsame Werte und künftige Aufgaben geben. Dieses Ereignis habe ich zum Anlass genommen, einen Schülerwettbewerb auszuloben. Aufgabe ist es - parallel zu den Staats- und Regierungschefs - eine eigene „Nürnberger Schüler-Erklärung“ abzufassen. Alle Nürnberger Schulklassen sind herzlich eingeladen, am Wettbewerb teilzunehmen. Es winken attraktive Preise, wie ein Besuch in Berlin.

Die Unterzeichnung des Vertrages von Rom im Jahre 1957 markiert den Beginn der Europäischen Integration. Was dem folgt, trägt zu Recht den Titel `Erfolgsstory` : Niemals zuvor in der Geschichte lebten die Menschen auf dem europäischen Kontinent über einen längeren Zeitraum in Frieden zusammen. Dass die europäische Einigung nun auch osteuropäische Länder mit einschließt, krönt diese Geschichte. Frieden und Demokratie, Freiheit und Wohlergehen sind die Errungenschaften dieses Prozesses. Der Schülerwettbewerb soll einen Beitrag dazu leisten, diese Errungenschaften stärker ins Bewusstsein der jungen Generation zu rücken.

Das Kürzel EU hat – bei aller berechtigten Kritik – viel mehr Wertschätzung verdient.

Die „Nürnberger Schüler-Erklärung“ sollte mindestens eine und maximal zwei DIN A 4-Seiten umfassen. Weitere Details zum Wettbewerbs können gerne in meinem Wahlkreisbüro in Erfahrung gebracht werden (Tel: 4389632 oder guenter.gloser@wk.bundestag.de)

EU - Mythen

Fortschrittsbericht Türkei

Schülerwettbewerb



Termine :

- 1.12. München, Treffen der sozialdemokratischen Fraktionen aus den Alpenländern
- 2.12. Schirmherrschaft beim Benefizkonzert Bundeswehr und Wirtschaft im Rathaus in Nürnberg
- 6.12. Festrede beim Ehrenamtspreis der Nürnberg-SPD

Die EU-Mythen: Vorurteile über die Europäische Union

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin sammelt seit einigen Jahren Vorurteile über die Europäische Union. Leider gibt es eine Menge davon und sie halten sich hartnäckig. Grund genug, sich ihnen in meinem Newsletter in loser Folge zu widmen und sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen

Die EU-Kommission: Ein aufgeblähter & hoch bezahlter Beamtenapparat?

Für die europäische Kommission arbeiten etwa 20.000 Beamte – das sind weniger als in einer mittelgroßen deutschen Stadt. Von ihnen wird viel verlangt: Sie müssen mindestens zwei Amtssprachen perfekt beherrschen und sie & ihre Familien werden durch häufige Ortswechsel & Auslandsaufenthalte stark belastet. Sie sind hoch qualifiziert und dementsprechend bezahlt. Die deutschen Beamten, die in Brüssel beispielsweise für die deutsche Botschaft arbeiten, verdienen aber mehr als ihre EU-Kollegen. Wie alle Unionsbürger zahlen die EU-Beamten auch Steuern: Ihre Einkommenssteuer fließt in den Unionshaushalt.



Der EU-Haushalt: Ein riesiges Fass ohne Boden?

Der EU-Haushalt ist viel kleiner, als die meisten glauben: 2002 lag er bei knapp 96 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben des Bundes betragen in diesem Jahr 261,7 Milliarden Euro. Die Höhe des EU-Haushalts legen die nationalen Finanzminister fest, nicht etwa die EU-Kommission. Und das eingezahlte Geld fließt zu einem Großteil wieder zurück in die Mitgliedsländer: in Struktur- und Regionalförderungen, in Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche, in Umweltschutzprojekte oder in den Ausbau von Verkehrswegen. Immer wenn auf Bautafeln das EU-Symbol zu sehen, fördert die Europäische Union dieses Projekt.

Der EU-Haushalt: Geldverschwendung für Personal- & Verwaltungskosten?

Die Belastung des EU-Haushalts wird ebenfalls überschätzt: Nur 5 % der gesamten Mittel werden für Personal und Verwaltung ausgegeben. Damit werden allerdings nicht nur die Beamten der Kommission, sondern auch das Generalsekretariat des Ministerrats, die verbeamteten Mitarbeiter/innen des Europäischen Parlament, des Rechnungshofs, des Ausschusses der Regionen sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses finanziert.

Einige Beispielfragen aus dem EU-Concours, dem Auswahlverfahren für alle, die bei der EU-Kommission arbeiten möchten:

Durch welchen Vertrag wurde die Rechtsetzung der Gemeinschaft wesentlich verbessert? Durch...

1. den Vertrag von Amsterdam
2. die Einheitliche Europäische Akte
3. den Vertrag von Maastricht
4. den Vertrag von Nizza

Die Einheitlich Europäische Akte...

1. revidierte die Europäischen Gründungsverträge
2. ermöglichte die Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWR
3. ersetzte die Europäische Politische Zusammenarbeit
4. verwirklichte 1989 den Binnenmarkt



EU-Fortschrittsbericht Türkei

Seit nunmehr einem Jahr laufen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Nach wie vor ist ein EU-Beitritt dieses Landes aus einer Vielzahl von Gründen umstritten. Vergessen wird in der Diskussion jedoch häufig, dass eine Entscheidung an feste Aufnahmekriterien geknüpft ist. Nur wenn diese erfüllt werden, kann der Beitritt erfolgen.

Am 8. November legte der Erweiterungskommissar Olli Rehn einen neuen Fortschrittsbericht zur Türkei vor. Die Kommission übt darin starke Kritik an den ungenügenden Reformbemühungen Ankaras. Bei der Annäherung an die rechtlichen und demokratischen EU-Standards sei die Türkei zurückgefallen. Ein weiterer strittiger Punkt ist der Umgang der Türkei mit dem EU-Mitglied Zypern: Die Türkei verweigert zypriotischen Schiffen und Flugzeugen nach wie vor den Zugang zu eigenen Häfen bzw. Flughäfen. Dazu hatte sich die Türkei aber im Zuge einer Ausweitung der Zollunion vertraglich verpflichtet. Die Kommission setzte der türkischen Regierung nun eine weitere Frist bis zum EU-Gipfel Mitte Dezember.



Bild: Schulklasse in Istanbul

Was ist ein Fortschrittsbericht?

In ihren jährlichen „Fortschrittsberichten“ beurteilt die Kommission die Fortschritte der Kandidaten- und Beitrittsländer beim Erfüllen der Aufnahmekriterien. Für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen müssen die politischen Kriterien erfüllt werden. Für eine Aufnahme in die EU müssen alle Kriterien – politische, wirtschaftliche, rechtliche und institutionelle – erfüllt werden. Abschließend gibt die Kommission eine Empfehlung ab, ob Beitrittsverhandlungen eröffnet bzw. der Beitritt selbst erfolgen soll.

Der Europäische Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs, trifft daraufhin eine Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen bzw. den Beitritt selbst.